

Auf- oder Abbauhilfen nach Corona?

Nach Corona: wieder aufbauen?

Nun wurde sie beschlossen: die 750,- Mrd. Wiederaufbauhilfe für die EU. Niemand stellt sie ernsthaft in Frage, Kritik gibt es nur an der Form: nur 390,- Mrd. als Zuschuss, der Rest als Kredit. Nicht gekoppelt an Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit in den jeweiligen Empfängerländern – die können nur bei der Vergabe der Gelder eine gewisse Rolle spielen.

Die fehlende Kritik ist erstaunlich. Denn nichts wurde durch die COVID-19 Pandemie zerstört. Geht man in die Fabriken, so stehen sie noch und können nach wenigen Stunden neustarten, soweit sie überhaupt aufgehört haben zu produzieren. Geht man in die Büros, so ist der Neustart der Arbeit instantan möglich, soweit diese je unterbrochen wurde. Geht man in die Schulen, Gaststätten, Hotels, wo hin auch immer: Nichts wurde zerstört und doch soll alles wiederaufgebaut werden.

Dabei ist eines klar: Vieles, was durch Corona nicht gewesen ist, wurde gar nicht gebraucht. Z. B. der Urlaub in Thailand oder der Einkauf der neuesten Frühjahrsmode. Z. B. die vielen Fahrten mit dem Auto oder das Wellness-Erleben im Spaßbad. Z. B. der besondere Wein, zum besonderen Anlass. Besser noch: Vieles von dem, was gewesen wäre, wenn Corona nicht dazwischengekommen wäre, wäre schädlich und abstoßend gewesen. Z. B. die toten Schweine in Rheda-Wiedenbrück, die jetzt erst später geschlachtet werden. Oder die vielen nationalen und internationalen Flüge durch die Welt. Oder die Zulieferung der Vorprodukte für die Erstellung der SUVs, die dann in Deutschland zusammengeschaubt werden.

Warum das wiederaufbauen?

Durch Corona: wer wurde geschädigt?

Wenn schon durch COVID-19 nichts zerstört wurde, es wurden doch Menschen geschädigt! In jedem Fall die, die wenig mehr hatten als ihre eigene Ware Arbeitskraft, die sie eigentlich abendlich und nächtlich in Kneipen und Restaurants einsetzen. In jedem Fall die, die neben der beruflichen Tätigkeit auch Kinder oder Angehörige versorgen mussten, die tagsüber nicht mehr in den Kindergarten, die Schule oder die Pflegeeinrichtung dürfen. In jedem Fall die, die jetzt durch den fehlenden Absatz ihre befristete oder Leiharbeits-Stelle verlieren. Viele andere sind zufrieden(er): die Arbeit kann jetzt häufig ohne Anfahrtsweg von zu Hause erledigt werden. LehrerInnen, teilweise auch KindergärtnerInnen haben mehrere Wochen kaum arbeiten müssen und trotzdem volles Gehalt bekommen. Bei der Leiharbeit wurde die Höhe gesteigert und die Arbeitszeit reduziert. Geschädigt wurden bis jetzt damit nur wenige – und deren Schäden werden gerade nicht durch das Aufbauprogramm kompensiert. Kaufprämien für Theater-, Kino und Musikveranstaltungseintritte? Waren bis jetzt nicht in der Diskussion. Anhebung der Höchstgrenze sowie des Auszahlungsbetrags für den BAföG-Bezug: wurden bis dato nicht diskutiert. Staatliche Zuschüsse für Kleinstgewerbetreibende zur Rückzahlung von Corona bedingten Schulden: kein Thema. Letztlich auch: Begleichung der staatlichen Neuverschuldung nicht durch absehbare Steuererhöhung, Absenkung von Sozialleistung bzw. Anhebung von Sozialversicherungsbeiträgen – nicht diskussionswürdig.

Und die beschlossenen Aufbauhilfen? Diese Schädigungen sind in ihnen kein Thema.

Leben mit Corona: eine Welt der Enttäuschten und Enttäuschungen?

Die COVID-19 Pandemie kennt ihre Opfer. „Traumatisierte“, die weiterhin gezwungen sind, eine Gesichtsmaske zu tragen. Die wissen, dass diese gar nicht ihnen persönlich, sondern ja eigentlich nur ihren Mitmenschen hilft. Und solche, die das Spiel ihres Bundesligavereins jetzt nur am Fernseher verfolgen konnten. Oder gar solche, die ihren Urlaub schon genommen hatten und ihn plötzlich nicht mehr los wurden und zu Hause bleiben mussten. Gründe genug, um überall Verschwörungen oder Moralapostel am Werk zu sehen.

Aber natürlich auch die Gewinnenttäuschten: Autokonzerne, die einen Absatzeinbruch von bis zu 85 % erlitten. Und dies, nachdem sie gerichtlich dazu gezwungen worden waren, für die Täuschung der Kunden über den Abgasausstoß der Autos geradezustehen. Reedereien und Werften, deren Bau und Betrieb von Kreuzfahrtschiffen eingebrochen ist. Ölkonzerne, die den vorübergehenden Fall des Ölpreises um fast 50 % hinnehmen mussten. Eine Lufthansa, deren Pleite nur durch massive staatliche Intervention (und ohne staatliche Auflagen) abgewendet werden konnte.

Für diese Gewinnenttäuschten gibt es inzwischen wieder Hoffnung: Nicht die EU, aber der Bund (d. h. alle Steuerzahler) zahlen: z. B. eine Mrd. für außerstaatliche Forschungsorganisation, 2.2 Mrd. für den Kauf eines e-Autos, 2.2 Mrd. für die Autohersteller und Zulieferfirmen, 2.5 Mrd. für Ladesäulen (die später den privaten Betreibern gehören), 1.2 Mrd. für den Kauf neuer Busse und LKWs, 1 Mrd. für die Werften, 9 Mrd. für die zukünftige privatwirtschaftliche Erzeugung und Verkauf von Wasserstoff, 1 Mrd. für die Digitalisierung der Wirtschaft, 2 Mrd. für die Erforschung der später privatwirtschaftlich genutzten künstlichen Intelligenz, 2 Mrd. für die Erforschung der später privatwirtschaftlich genutzten Quantentechnologie, 3 Mrd. für die teilweise auch privaten Krankenhäuser, 1 Mrd. für deutsche Hersteller von wichtigen Arzneimitteln und Medizinprodukten, 0.75 Mrd. für die private Herstellung und Erforschung von Impfstoffen, 0.7 Mrd. für die u. a. private Bewirtschaftung der Wälder (die Zahlen stammen aus der Koalitionsvereinbarung vom Ende Juni dieses Jahres). Dazu kommen weitere Zuschüsse, zinsgünstige Kredite und Bürgschaften in dreistelliger Milliardenhöhe, die an verschiedene Unternehmung gezahlt werden und wurden.

Ein Vergleich: für KünstlerInnen soll es jetzt 52 Mio. Euro geben.

Corona: Eine Ermöglichung von Solidarität und Achtsamkeit

Erst die Coronapandemie machte es möglich: die Diskussionen über die Arbeitsbedingungen in den Fleischfabriken oder den Altenheimen. Die Offenlegung der chronischen Defizite in den Krankenhäusern. Die Verzahnung des Gemüseanbaus in Europa, die hohen körperlichen Anforderungen an die Pflanz- und Erntehelfer und ihre Einpferchung in inhumane Wohnbedingungen.

Aber auch: die Möglichkeit zu gegenseitiger Hilfe auf Nachbarschafts- oder kommunaler Ebene. Die Aufrechterhaltung der Versorgung von Hungernden durch die Tafeln oder andere Projekte zur Essensausgabe trotz drohender Gefahr der Ansteckung. Die Rücksichtnahme und Achtsamkeit auf Mitmenschen durch die Bewahrung von physikalischem Abstand und das Tragen von Masken. Die Beruhigung der Innenstädte und Durchgangsstraßen durch den fehlenden Verkehrslärm. Die Aufwertung von Grundstücken in der Nähe von Flughäfen durch Wegfall der Starts und Landungen.

Und zudem: Entschleunigung im Alltag, soweit denn die berufliche und soziale Situation dies zuließ. Was ist das Wichtige, was ich kaufen muss, was ist das Wichtige, was ich erledigen muss, wo sind meine eigenen Projekte, wenn die Zeit dafür jetzt vorhanden ist?

Last, but sicherlich noch least: Keine entwürdigenden Überprüfungen mehr, wenn es um den Bezug von Arbeitslosenhilfe geht.

Warum das wieder aufgeben?

Post-Corona: brauchen wir eigentlich mehr Auf- oder mehr Abbauhilfen?

Kaum ist der COVID-19 eingedämmt, schon sind sie wieder da: besinnungslose Betriebsamkeit und bedingungslose Produktivität. Ob als Ballermann-Party auf Mallorca, Bratwurstmengen auf dem Grill, Eisschlacht am Badestrand, Stau auf der Autobahn, Überbelegung der Krankenhausstationen oder Steigerung der Bandgeschwindigkeit bei Amazon oder Mercedes. Weitere Beschleunigung erscheint aussichtsreich: der Begriff Aufbauhilfen suggeriert, dass Wirtschaftswachstum schon deshalb gesteigert werden muss, weil so vieles zerstört wurde. Und unbewusst wurde er nicht gewählt.

Umgekehrtes zu denken wäre besser. Vieles, was wieder produziert und angeboten wird, wird nicht gebraucht, wie Corona gezeigt hat. Nicht wenig davon ist nicht nur überflüssig, sondern schädlich. Das wissen auch viele Entscheidungsträger und nicht selten wird der Plan zum Wiederaufbau offiziell damit verknüpft, „grün“ umzubauen. Ein „grüner“ aufbauender Umbau verändert aber kaum die wieder einsetzende besinnungslose Betriebsamkeit und bedingungslose Produktivität.

Nach Corona geht es also vielmehr um einen Abbau:

Der erste beträfe die Widersprüche „in der Klasse“: z. B. zwischen den Konsumansprüchen und Arbeitsbedingungen der gutverdienenden Stammebelegschaft in den industriellen Zentren und den prekär Beschäftigten in der ökonomischen Peripherie. Oder den von Beamten mit hohem Einkommen, hoher Rente und Arbeitsplatzgarantie und den schlecht bezahlten Angestellten (z. B. LehrerInnen und ErzieherInnen, Polizisten und Wachpersonal etc.). Zwischen den entsolidarisierten, konsum- und statussüchtigen meist männlichen „Egoshootern“ und den neuen „Sensiblen“ der Bewegungen um Fridays for future oder Seebrücke. Ziel wäre sicher nicht das eines Ausgleich. Es wäre der Abbau der individualpsychologischen Entwicklung des Habens zu einer des Seins und der vermehrten Empathie und Moralität.

Der zweite Abbau eines Widerspruchs - besser: seine Aufhebung - beträfe den „zwischen den Klassen“. Dieses ist der ökonomisch zentrale und die geplanten Aufbauhilfen werden ihn verschärfen. So machte für Deutschland 1970 das private Eigentum ungefähr 220 % des jährlich verfügbaren Nationaleinkommens aus, das öffentliche Eigentum ca. 110 %. 2015 lag der Anteil des privaten Eigentums am verfügbaren Nationaleinkommen bei 410 %, das öffentliche Eigentum bei 10 %.

Post-Corona-„Aufbau“ also als klarer Abbau des Anteils privaten Eigentumsanteile am Nationaleinkommen. Z. B. durch Impfstoff-, künstliche Intelligenz- und Quantentechnologieforschung im Rahmen öffentlicher Eigentumsverhältnisse (= 7 Mrd. des deutschen Aufbauprogramms). Aufbau und Betrieb aller Ladestationen in öffentlicher Hand. Enteignung privater Krankenhäuser und Reha-Kliniken und ausschließlicher Betrieb in öffentlicher oder gemeinnütziger Trägerschaft. Aufkauf privat-wirtschaftlicher genutzter Wälder und Umwandlung dieser in ausgeweitete Naturschutzgebiete, um nur einige der Punkte des Koalitionsprogrammes umzuformulieren. Und vor allem: Abbau aller Corona bedingten Schulden durch ihre bedingungslose Streichung. Schon damit die nächsten Jahre nicht in vielen Ländern nur Abbau statt Aufbau sozialstaatlicher Maßnahmen erbringen.

Post-Corona: Denn gar kein Aufbauprogramm?

Natürlich doch, für ganz Europa: Gesundheitsleistung als Common, Erzeugung erneuerbarer Energie als Common, Bildung als qualitativ gleicher Common. Und für die weitere Welt: als Antwort auf steigenden Hunger, Armut und Umweltzerstörung.